

Reinhold Lopatka: EU 2012 – Aus der Krise zur Reform. Von Rettungs- zu Reformmaßnahmen

(In: Steirisches Jahrbuch für Politik 2012, hg. von B. Karl, W. Mantl, H. Piza, K. Poier, M. Prisching und B. Schilcher, Graz 2013, S. 33-36.)

2012 war ein intensives Jahr für die Europäische Union. Viele europäische Staaten litten nach wie vor unter den Auswirkungen der globalen Finanzkrise 2008: Die Arbeitslosenquote lag im europäischen Schnitt bei über 10%, Spanien hatte mit über 25% die höchste Arbeitslosigkeit in der EU, 26 Mio. Menschen waren arbeitslos. Die europäische Wirtschaft rutschte mit -0,3% in die Rezession, Griechenland und Portugal bildeten mit -6,0% und -3,0% die Schlusslichter¹. Positiv konnten sich die baltischen Staaten, insbesondere Lettland, aber auch Polen und die Slowakei entwickeln. Insofern war es eine logische Konsequenz, den Fokus der europäischen Agenda auf den Wirtschafts- und Finanzbereich zu legen, um effektiv den negativen Nachwirkungen der Staatsschulden- und Bankenkrise begegnen zu können. Einerseits wurden 2012 und in den Jahren zuvor Rettungsmaßnahmen wie die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität EFSF und der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM geschaffen, um Irland, Portugal, Griechenland und Spanien finanziell zu unterstützen. Die Europäische Zentralbank (EZB) kaufte um mehr als 200 Mrd. Euro Anleihen, Italien mit 99 Mrd. und Spanien mit 44 Mrd. waren die größten Kunden des Staatsanleihenkaufprogramms der EZB². Gleichzeitig wurden umfassende Reformprogramme in den betroffenen Staaten aber auch für die gesamteuropäische Wirtschafts- und Währungspolitik in Angriff genommen. All diese Schritte führten zu einer Beruhigung auf den Finanzmärkten.

Mit dem „Fiskalpakt“³, eine bittere aber notwendige Medizin, verschrieben sich EU-Staaten Fiskaldisziplin und Stabilität, die mit einer automatischer Schuldenbremse und einem Korrekturmechanismus gesichert wird. Damit diese Reformen nicht wachstumsbremsend wirken, und um die sozialen Folgen der Krise in den Griff zu bekommen, wurde ein „Pakt für Wachstum und Beschäftigung“⁴ verabschiedet. Es wurden Instrumente zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung („Six-pack“) und zur verstärkten Überwachung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Euro-Staaten („Two-pack“) ausgearbeitet. Um systemische Bankenrisiken, die eine Rettung durch die öffentliche Hand erforderlich machen, in Zukunft zu verhindern, wurden erste Schritte in Richtung einer Bankenunion, wie eine gemeinsame Bankenaufsicht, erarbeitet. Ein Bericht des Präsidenten des Europäischen Rates, Hermann Van Rompuy, in Zusammenarbeit mit den Präsidenten der Europäischen Kommission, der EZB und der Eurogruppe sieht weitere Elemente zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)⁵ vor, Ende 2012 einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf einen Fahrplan zur Umsetzung dieser Elemente⁶. Die Krise machte die Konstruktionsfehler der Eurozone sichtbar, sie startete damit aber auch einen Reformmotor, der nicht nur Notprogramme zustande brachte, sondern der auch mittel- und längerfristige Reformen in Angriff genommen hat.

Auch die europäische Solidarität hat eine neue Dimensionen erfahren: dies hatte positive Effekte für die krisengeschüttelten Staaten, gleichzeitig mangelte es an Verständnis in der Bevölkerung, deren Bereitschaft, andere EU-Staaten zu finanzieren, an ihre Grenzen stieß. Die Finanz- und Staatsschuldenkrise hat zu vielen Fragen und zu Verunsicherung bei den Menschen geführt. Die Entscheidungen wirken intransparent und sind nicht nachvollziehbar, in der Bevölkerung ist ein Gefühl

der Machtlosigkeit entstanden und ein massiver Informations- und Erklärungsbedarf festzustellen. Bei allem Reformeifer dürfen die Akteure daher nicht verabsäumen, die Menschen zu informieren und miteinzubeziehen.

Die EU institutionell stärken

Vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise und der wachsenden Vertrauenskrise haben elf europäische Außenminister, darunter der österreichische Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger, in einer vom deutschen Außenminister Guido Westerwelle initiierten informellen Gruppe ein Papier zur Zukunft Europas⁷ erarbeitet. Um das Vertrauen in das europäische Projekt wieder herzustellen sollte erstens die Wirtschafts- und Währungsunion mit Instrumenten der demokratischen Legitimation und Rechenschaftspflicht gestärkt werden. Zweitens soll die Funktionsweise der EU verbessert werden, um auf der Weltbühne gemeinsam stärker auftreten zu können.

Um zukunftstauglich zu sein, muss sich die EU institutionell so aufstellen, dass sie den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen adäquat begegnen kann. Die Verbesserung der Handlungsfähigkeit geht einher mit einer Stärkung der Kommission, die mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet sein muss. So soll etwa der Währungskommissar – parallel zur weiteren Integration im Währungsbereich – mit mehr Kontroll- und Sanktionsrechten ausgestattet sein. Mit der wachsenden Mitgliederzahl muss aber auch eine Straffung der Institutionen erfolgen. Der Vertrag von Lissabon hat dafür erste Grundlagen geschaffen, weitere Schritte sind dringend notwendig. Um die Schlagkraft zu erhöhen, müssen auch die Entscheidungsverfahren im Rat verbessert werden. Mehrheitsentscheidungen sind für die Handlungsfähigkeit besonders wichtig, daher sollen jene Bereiche, die der Einstimmigkeit unterliegen, weiter reduziert werden⁸. Werden die Bereiche, in denen es eine engere Zusammenarbeit, ein „mehr“ an Europa geben soll, ausgebaut, muss gleichzeitig auf das Prinzip der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit Augenmerk gelegt werden. Um die Union effizienter zu gestalten, muss laufend überprüft werden, welche Ebene am besten geeignet ist für die Gestaltung und Umsetzung der einzelnen Politikfelder.

Um das Projekt Europa weiter ausbauen zu können, neue Politikbereiche stärker zu integrieren und Institutionen zu reformieren, ist es jedoch unerlässlich, die europäischen Bürger stärker mit einzubeziehen. Erst wenn sich die Bürger als Teil der EU fühlen und Vertrauen in die Union haben, erfährt das europäische Handeln die notwendige Legitimität. Das kann auf mehrfache Weise erfolgen: Die Stärkung des Europäischen Parlaments und die gestärkten Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente am EU-Rechtssetzungsprozess sind essentiell für eine verbesserte demokratische Legitimation. Diese kann durch die Nominierung von europaweit antretenden Spitzenkandidaten jeder politischen Fraktion bei den Wahlen zum EP weiter ausgebaut werden. Die Direktwahl des Kommissionspräsidenten durch die europäischen Bürger würde die Kommission den Bürgern vertrauter und gleichzeitig stärker verantwortlich machen. Personen und Programme würden eine größere Rolle spielen.

Informationsdefizit bei Bürgern abbauen

Will man die Bürger dazu bewegen, sich für die Wahlen zum Europäischen Parlament zu interessieren, muss vor allem in einem Bereich noch mehr getan werden: In der Information und Kommunikation. Diese kann aber nicht nur vonseiten der Europäischen Institutionen erfolgen, sondern muss auch von nationalen Akteuren

getragen sein. EU-Information sollte in der Schule beginnen und die Menschen ein Leben hindurch begleiten: in der Ausbildung, am Arbeitsplatz und auch in der Pension. Es gibt eine Vielzahl an möglichen Kommunikationsmitteln, ganz wesentlich ist jedoch der direkte Kontakt und das Gespräch. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten unternimmt seit Jahren vielfältige Aktivitäten wie Schulbesuche, Betriebsbesuche oder Podiumsdiskussionen, um möglichst breite Bevölkerungsschichten zu erreichen⁹. Dies kann jedoch nur der Anfang sein, eine noch umfassendere, koordinierte Vorgangsweise, die auch alle Ministerien umfasst, wäre notwendig und wünschenswert.

Um global ein ernstzunehmender Akteur zu bleiben und im weltweiten Wettbewerb zu bestehen, benötigt die EU dringend Reformen. Neben der Ausarbeitung dieser inhaltlichen und strategischen Neuorientierung wird jedoch für die europäischen Politiker die wichtigste Aufgabe sein, die Bevölkerung von diesen Schritten zu überzeugen. Ein Elitenprojekt, das zu schnell zu weit voranschreitet und nicht von den Menschen mitgetragen wird, ist der Gefahr ausgesetzt, zu scheitern. Die Europäische Union kann sich nur erfolgreich weiterentwickeln wenn sich die Bürger als Teil dieser Union fühlen. Gipfeltreffen und Verträge werden dies nicht zustande bringen. Die Politiker Europas, beginnend von der Gemeindeebene, über Abgeordnete zu den Landtagen und zum National- und Bundesrat sind genauso gefordert wie die Bundesregierung. Die europäische Ebene alleine wird diese Herkulesaufgabe sicher nicht schaffen.

Das europäische Lebensmodell mit einem weltweit einzigartigen Sozial- und Gesundheitssystem kann nur dann gesichert werden, wenn Europa wettbewerbsfähig bleibt. Zur Zeit erwirtschaften die 7 Prozent der Weltbevölkerung, die in der EU leben, knapp 25 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung, und die 50 Prozent der globalen Sozialausgaben, die innerhalb der EU zur Auszahlung gelangen, sorgen für eine faire und gerechte Gesellschaft¹⁰. Diese in der Menschheitsgeschichte zweifelsohne herausragende Leistung gilt es durch eine zusammenwachsende EU mit einer starken gemeinsamen Währung, dem Euro, für nächste Generationen abzusichern.

¹ Vgl. Eurostat und Wirtschaftskammer Österreich:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-08012013-BP/DE/3-08012013-BP-DE.PDF

<http://wko.at/statistik/eu/europa-arbeitslosenquoten.pdf>

<http://wko.at/statistik/eu/europa-wirtschaftswachstum.pdf>

² Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21./22. Februar 2013:

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/schuldenkrise-athen-winken-milliarden-aus-notenbankgewinn-12089752.html>

³ Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/I/I_01725/imfname_247658.pdf

⁴ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 28./29. Juni 2012:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/131398.pdf

⁵ Van Rompuy, Herman et al.: „Towards a Genuine Economic and Monetary Union“

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/134069.pdf

⁶ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 13./14. Dezember 2012:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/134375.pdf

⁷ Abschlussbericht der Gruppe zur Zukunft Europas:

<http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/626324/publicationFile/171784/120918-Abschlussbericht-Zukunftsgruppe-Deutsch.pdf>

⁸ Vgl. „Europa auf neuen Kurs setzen. das Europapaper der Österreichischen Volkspartei“:

http://www.oevp.at/Common/Downloads/hundert_positionen_europa.pdf

⁹ Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten:

<http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/europa.html>

¹⁰ Vgl. „Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum Davos“:

<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos.html>